

Meine Damen und Herren,  
zu Anfang mein großer Dank an die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung, die in diesem Jahr noch mehr gefordert waren und werden, z.B. durch die Softwareumstellung, die Ausfälle wegen Corona, die unbesetzten Stellen, die Aufgabenausweitung und die Betreuung der Geflüchteten.

Schaut man auf die Probleme in der Welt und die Kriegsfolgen für die Ukrainer\*innen erscheinen die Ronnenberger Probleme, denen der Rat sich stellen muss, doch recht klein.

Aber gut ausgestattete funktionierende Kommunen sind eine Voraussetzung dafür, dass ein Staat im Krisenfall helfen kann, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfällt und dass eine freiheitliche Demokratie eine Chance hat.

Die Stadt musste insbesondere wegen ihrer gesetzlichen Aufgaben im Kita- und Schulbau seit 2016 netto Investitionskredite von 35 Mio. € aufnehmen. In den nächsten vier Jahren sind weitere 51 Mio. Nettokredite hierfür eingeplant. Diese Investitionskredite, die in der Summe auf 200 Mio. anwachsen können, sind solange kein Problem, solange man sich die Zinsen und die Tilgung, also die Rückzahlung leisten kann.

Mit anderen Worten, solange, wie der Ergebnishaushalt ausgeglichen ist.

Seit 2021 ist das nun nicht mehr der Fall, nach 4,5 Mio. Euro Fehlbetrag im letzten Jahr fehlen 2022 für den Ausgleich 5,1 Mio. Euro.

Immerhin wurden in guten Jahren seit 2014 alte Fehlbeträge in Höhe von 11 Mio. zurückgezahlt.

Dann kam Corona, jetzt die wirtschaftlichen Probleme und Kostensteigerungen wegen der Lieferkettenschwierigkeiten und dazu der Krieg. Auch das macht den aktuellen Haushalt zu einem schwer planbaren Zahlenwerk.

Es wäre hilfreich gewesen, wenn wir in den guten Jahren alte Defizite schneller abgebaut hätten, wie GRÜNE dieses in der letzten Wahlperiode immer wieder gefordert, aber leider keine Mehrheit dafür bekommen haben.

Niemand wird ernsthaft erwarten oder wollen, dass man in Krisenzeiten die Krisen durch massive staatliche Ausgabenkürzungen weiter verschärft. Man kann aber nicht abwarten und hoffen, dass in zwei oder drei Jahren die Einnahmen wieder wie vor Corona geplant, ausfallen werden und die Kosten wieder sinken. Daher gibt es bereits jetzt Handlungsbedarf.

Die Stadt muss ihre Aufgaben auf den Prüfstand stellen. Das hat sie beim Waffenrecht gemacht, bei dem die Aufgabe an die Region zurückgegeben wurde, das macht sie jetzt bei der KFZ Zulassung, die wieder kostenneutral organisiert werden soll. Dieser Weg muss weiter gegangen werden.

Die Stadt muss schauen, ob sie Aufgaben effektiver erledigen kann. Hier helfen die Teamleiter\*innen, wenn man Ihnen die Freiräume hierfür lässt, und hier soll die beschlossene Beratung der NSI helfen.

Die Stadt muss ihre Haushaltstitel kritisch durchschauen.  
Auch dass hat die Verwaltung mit den Konsolidierungslisten und der weiteren Reduzierung der Sach- und Dienstleistungskosten um im Schnitt etwa 3% gemacht.

Ergebnis ist, dass das aktuelle Defizit sich auf die Höhe der coronabedingten Mindereinnahmen bei den Steuern und den direkten Mehraufwendungen wegen Corona und der Ukrainegeflüchteten reduziert hat.

Das ist mehr als viele Nachbarkommunen geschafft haben. Das Defizit in Wennigsen mit weniger Einwohnern z.B. liegt höher bei 5.8 Mio. Euro, ebenso ist es in Gehrden höher. Das hilft Ronnenberg zwar nicht, das verbietet aber, Ronnenberg zu bescheinigen, hier würde zu viel ausgegeben werden.

Wem die Anstrengungen zu dem vorliegenden Haushalt nicht ausreichen, dem hat die Verwaltung Mittel an die Hand gegeben und angeboten, zu weiteren Defizitreduzierungen zu kommen.

Wir haben von der Verwaltung wieder eine Liste der freiwilligen Leistungen im engeren Sinne vorgelegt bekommen. Sie umfasst Aufwendungen über 425.000 Euro, darunter die VHS, die Musikschule, die Förderung der Sportvereine, etc..

Grüne halten Streichungen hier nicht für sinnvoll, da wir überzeugt sind, dass dieses der Gesellschaft am Ende auch finanziell schaden wird.

Auch die im weiteren Sinne freiwilligen Leistungen kann man anhand der Produkthülsen ablesen, wie z.B. die Hortbetreuung, die Drittkraft und die Abwaschkkräfte in den Kitas, die Schulsozialarbeit, das Freibad und den Umfang der Grün- und Stadtbildpflege. Die Zahlen liegen vor .

GRÜNE halten diese kommunalen Leistungen für eine Daseinsvorsorge, ebenso wie den großen Posten für den Erhalt der baulichen Infrastruktur.

Was das Verschlafen von Investitionen und Substanzerhaltung für finanzielle Folgen hat, kann man überall in Deutschland und z.B. an den Brücken in der Region sehen. Auch die Stadt Ronnenberg holt mit ihren Investitionskrediten viele in der Vergangenheit versäumte Sanierungen jetzt nach und reduziert damit ihre versteckte Verschuldung.

Beim Personal sind keine neuen Stellen für neue Aufgaben vorgesehen. Hier wurden lediglich in den Bereichen Stellen neu ausgewiesen, bei denen für die vorhandenen und beschlossenen Aufgaben Lücken waren.

Wenn die NSI Beratung dazu kommen sollte, dass personelle Kapazitäten durch Arbeitsablaufoptimierungen frei werden, werden diese Freiräume auch jetzt schon dringend benötigt, um weitere Lücken zu schließen.

Nicht die Anzahl der Stellen ist das Problem, sondern der Arbeitsmarkt. Die Stadt kann viel zu viele Stellen mangels geeigneter Bewerber\*innen nicht besetzen und ist in einem fast aussichtslosen Wettbewerb mit höheren staatlichen Ebenen und der Wirtschaft, weil sie kaum höhere Gehälter zahlen kann.

Die Herausforderung, das vorhandene sehr gute Personal zu halten, zu entlasten und weiteres zu finden, wird eine der wichtigsten Aufgaben des Bürgermeisters sein.

Den Rotstift hier anzusetzen, würde die in Teilen jetzt schon fragile Situation zum Einsturz bringen. Halbfertige oder unsanierte Bauten, zu wenig Schulräume, geschlossene Kitas, unterlassende Hilfeleistung für Geflüchtete will niemand und kostet an anderer Stelle.

Auch eine neue Stelle, die aus dem von allen Parteien außer der AFD beschlossenen Klimaschutzaktionsprogramm abgeleitet ist, nicht einzurichten, wäre aus vielerlei Sicht fatal.

Klimaschutz ist keine freiwillige Leistung und kein Thema nur für fette Jahre. Klimaschutz ist eine gesetzliche Pflichtausgabe und neben dem Erhalt der Artenvielfalt das Hauptthema zum Überleben der Spezies Mensch.

Dazu kommt, dass bei den beiden Themen die nächsten zehn Jahre die Entscheidenden sind.

Ronnenberg, so vorbildlich es in einigen Bereichen ist, ist hierbei von seiner kurzfristigen Verantwortung noch meilenweit entfernt.

Der Ingenieur auf dieser neuen Stelle soll die geplanten PV Anlagen endlich auf die städtischen Dächer bringen. Die Planungen liegen seit langer Zeit vor, die Umsetzung erfolgte nicht. Hier nicht gleich das Personal nach dem KAP-Beschluss aufzustocken, hat der Stadt einen großen finanziellen Schaden gebracht.

Jetzt müssen wir die teuren Stromkosten zahlen, die PV Anlagen werden teurer, die Handwerker sind kaum zu finden. Wenn wir noch länger warten, wird der Schaden noch größer.

Wenn man bei Defizitreduzierung nur an Ausgaben denkt, springt man zu kurz. Die Aufsichtsbehörde hat der Stadt bei der Haushaltsgenehmigung ins Stammbuch geschrieben, dass sie ein Einnahmeproblem hat.

Wir benötigen schleunigst eine Wirtschaftsförderung, die ihren Namen verdient und eine beschleunigte Umsetzung des Gewerbegebiets Ronnenberg Nord/Ost.

Wir benötigen die konsequente Nutzung der z.Zt. noch extrem hohen Förderprogramme. Bei der Erzeugung erneuerbarer Energien kann die Stadt auch Einnahmen generieren, nicht nur durch PV-Anlagen, auch bei Windrädern.

Am Ende wird das alles für Ronnenberg nicht reichen und da bin ich dankbar, dass die FDP in die gleiche Richtung denkt, die wir auch in der Vergangenheit immer angemahnt haben.

Die FDP hat in ihrem Antrag zur externen Beratung geschrieben, dass wenn die Einsparpotentiale nicht ausreichen, man am Ende prüfen sollte, das Land zu verklagen.

Ronnenberg muss Schulen und Kitas als Pflicht bauen, leistet sich eine sich mittel- und langfristig rechnende soziale, aber noch nicht ausreichende Infrastruktur und hat keine Luxusausstattung an irgendeiner Stelle.

Wenn solch eine Stadt am Ende keine ausgeglichenen Ergebnishaushalte mehr hinbekommen kann, dann ist das ein strukturelles Problem der Kommunalfinanzierung.

Einige Kommunen in der Region z.B. an der Autobahn haben keine Finanzprobleme. Die Regionsverwaltung mit über 1 Mio. Einwohner\*innen hatte 2021 ein Defizit von nur 5 Mio. €, Ronnenberg dagegen 4,5 Mio.

Alle Kommunen zusammen in Deutschland haben 2021 ein Plus von 3,12 Mrd. erwirtschaftet.

Das zeigt, das wahre Problem ist ein Verteilungsproblem zwischen den Kommunen. Das Land Niedersachsen stattet den kommunalen Finanzausgleich mit 800 Mio. Euro weniger als andere Länder aus, immerhin ca. 2 Mio. weniger für Ronnenberg.

Bei einer sachgerechten Verteilung zwischen den Kommunen und zwischen Land und den nds. Kommunen, hätte Ronnenberg kein Einnahmeproblem mehr. Lassen sie uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichs sowohl horizontal als auch vertikal ganz oben auf der Agenda stehen muss.

Grüne werden dem Haushalt zustimmen, vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.